



## **Die Währungsunion stabilisieren – den sozialen Zusammenhalt der EU stärken**

*Beschluss des Bundesausschusses vom 15.11.2014*

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments und der Amtszeit der neuen Kommission unter Leitung von Präsident Jean-Claude Juncker fordert die Europa-Union Deutschland die neu gewählten Europaabgeordneten, den Europäischen Rat und die neue Kommission auf, den Stabilitätskurs beizubehalten, dabei aber zugleich den sozialen Zusammenhalt der EU durch folgende konkreten Maßnahmen zu stärken:

1. Die Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Europäischen Regionalfonds (ERDF) müssen verstärkt zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie allgemein zur Krisenbewältigung eingesetzt werden. Dabei müssen der Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Vordergrund stehen.
2. Die für die Europäische Jugendgarantie vorgesehenen Mittel mit einem Volumen von über 6 Milliarden Euro müssen unverzüglich bereitgestellt und die hierzu in den Mitgliedstaaten und ihren Regionen vorgesehenen Maßnahmen müssen zügig umgesetzt werden.
3. Der makroökonomische Dialog soll unter Beteiligung der Sozialpartner auf europäischer Ebene deutlich gestärkt werden. Zur Abfederung von möglichen sozialen Härten muss die EU für Mitgliedstaaten, die Strukturreformen zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Angriff nehmen, zusätzliche Finanzmittel bereitstellen. Die Umsetzung der Strukturreformen und ihre Auswirkungen im sozialen Bereich müssen von der Kommission und von den Sozialpartnern überwacht werden.
4. Die Auflagen, unter denen die EU Stabilitätshilfen an Euroländer in finanziellen Schwierigkeiten gewährt, müssen ausgewogener gestaltet werden. Deren sozialpolitische Auswirkungen müssen verstärkt analysiert und berücksichtigt werden.
5. Zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung soll die EU attraktive Instrumente entwickeln, die privates Kapital für zukunftssträchtige Investitionen – beispielsweise in den Bereichen Energieeffizienz und Ausbau der europäischen



Energienetze, eine ökologisch orientierte Verkehrsinfrastruktur und die Weiterentwicklung der digitalen Kommunikationsmöglichkeiten – mobilisieren. Dadurch können Arbeitsplätze erhalten und zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

6. Die EU muss darüber hinaus möglichst rasch und in Verbindung mit weiteren stabilitätspolitischen Fortschritten ein Instrument zum Schutz der europäischen Währungsunion vor künftigen asymmetrischen Schocks auf der Grundlage automatischer Stabilisatoren entwickeln, wie dies bereits vom noch amtierenden Ratspräsidenten van Rompuy, zusammen mit dem früheren Kommissionspräsidenten Barroso, dem Präsidenten der EZB, Mario Draghi und dem früheren Chef der Eurogruppe Jean Claude Juncker vorgeschlagen worden war. Ein solches Instrument könnte auch der Vorschlag einer europäischen Mindestarbeitslosenversicherung sein.
7. Die Europa-Union Deutschland erwartet sich von solchen Instrumenten konkreter Solidarität zwischen den Bürgerinnen und Bürgern eine Stärkung der europäischen Identität. Sie fordert die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten auf, die positiven und negativen Effekte und Aspekte im Detail zu prüfen und konkrete Ausgestaltungen vorzuschlagen.